Veteranentag?
Nein Danke!

am 15. Juni 2025 in Karlsruhe
von 10 bis 16 Uhr am Schlossplatz, Kundgebung um 12 Uhr

Friedenspolitischer Aktionstag
Für Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit

Unterstützende Organisationen und Gruppen: Friedensbündnis Karlsruhe (KA), DFG-VK Baden-Württemberg, DFG-VK KA, DFG-VK Mannheim, DFG-VK Stuttgart, Antikriegsradio (Radio Querfunk), Antikapitalistisches Klimatreffen KA, Arbeitsgruppe Internationalismus & Militarisierung, Bündnis gegen Krieg, Sozialraub, Faschismus und Umweltzerstörung, DGB Kreisverband Karlsruhe Land, Interventionistische Linke [IL*] KA, Die Falken KA, DIE LINKE Kreisverband KA, DIE LINKE Baden-Württemberg, DIE LINKE SDS KA, DKP KA, Ettlinger Bündnis gegen Rassismus und Neonazis, Feministische Intervention KA, Feministisches Treffen KA, Fraktion Die Linke im Karlsruher Gemeinderat, Fridays for Futur KA, Gewerkschaft NGG Mittelbaden- Nordschwarzwald, Linksjugend ['solid] KA, MLPD KA, Offenes Antifaschistisches Treffen KA, SDAJ KA, VVN-BdA KA, Zusammen kämpfen KA

Am **15. Juni 2025 von 10 bis ca. 16 Uhr** protestieren wir gegen ein neues deutsches Heldengedenken mit vielen kreativen Aktionen gemeinsam mit vielen Gruppen und Organisationen auf dem Schlossplatz in Karlsruhe.

Gegen **12 Uhr** Kundgebung mit Redebeiträgen von:
- Tobias Pflüger, Vorstandsmitglied bei Informationsstelle Militarisierung Tübingen (IMI)
- Elwis Capece, Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG)
- u.a. Mitveranstalter*innen

Im Anschluss folgt mit viel „Tam Tam" die Verleihung der Orden „Kriegsdienst- Verweiger*in" an Friedensaktivist*innen und Antimilitarist*innen. Danach werden weitere Aktionen mit Pauken und Trompeten zu erleben wie auch Grußworte befreundeter Gruppen und Organisationen zu hören sein:
Für Friedensbildung in den Schulen
Für Verhandeln statt Bomben
Für Abrüstung statt Aufrüstung
Für den Abzug atomarer Waffen aus Deutschland und Europa
Für Ausbildungsplätze statt Kriegseinsätze
Für zivile gutbezahlte Freiwilligendienste statt Wehrpflicht

Der 15. Juni wurde vom Bundestag 2024 zum jährlichen nationalen „Veteranentag" erklärt. Ausrichter für dieses neue Heldengedenken soll der Reservistenverband der Bundeswehr sein. Verteidigungsminister Boris Pistorius meint: „Wir wollen den Anliegen der Veteranen künftig mehr Aufmerksamkeit geben. Wir wollen gleichzeitig den Respekt der Gesellschaft für den Dienst in den Streitkräften zum Ausdruck bringen." Wir meinen, dies ist der falsche Weg! Für die Veteranen, die mit großen physischen und psychischen Problemen aus Kriegseinsätzen nach Hause zurückkehren, wären bestmögliche Gesundheitsversorgung und psychologische Betreuung weit mehr Respekt und Wertschätzung als dieser neue Heldenkult.
Die Rechnung für solche Kriegslüsternheit zahlen auch bei uns die Beschäftigten, die Armen, die Jungen, die Frauen und die Kinder, deren Familien zerstört werden. Sie bezahlen mit ihrem Leben, mit Krankheit und auch mit ihren Steuern. Gesundheit und Soziales bleiben dabei auf der Strecke. Deshalb lehnen wir das „Sondervermögen" (zutreffender Sonderverschuldung) für die Aufrüstung Deutschlands ab. An dieser Aufrüstung und Militarisierung unserer Gesellschaft verdienen allein die Reichen, die Rüstungskonzerne und deren Aktionäre. Sie allein profitieren aus der Produktion von Waffen und Rüstungsgütern. Mit der Zerstörung von Infrastruktur profitieren sie gleich zweimal. Der mühsame Wiederaufbau wird von den gleichen internationalen Konzernen gewinnbringend diktiert werden.
Wir wehren uns dagegen, dass „Werben für's Sterben" wieder salonfähig gemacht wird und fordern Soldat*innen, Reservist*innen und Ungediente auf, den Kriegsdienst zu verweigern. Wie das geht? Hier sind die Infos: www.verweigern.info
Wir wehren uns dagegen, dass über den „Veteranentag" Krieg und Militarisierung in den Köpfen der Menschen wieder verankert werden soll. Die Verklärung des „Heldentods" darf nie wieder Bestandteil deutscher Kultur werden. Jeder Tod auf einem Schlachtfeld ist ein sinnloses Sterben und wäre mit ernsthaftem Willen zu Verhandlungen vermeidbar. Wir fordern von der Politik sich aktiv der Militarisierung entgegenzustellen und für eine friedlichere, gerechtere Welt einzutreten. Wir fordern Abrüstung statt Aufrüstung.

Deshalb rufen wir Euch Alle auf, diesen Friedenspolitischen Aktionstag gemeinsam mit uns zu unterstützen.

ViSdP.: Karin Binder, Die Linke, Schützenstr. 71, 76137 Karlsruhe